

Machtwechsel in Frankreich?

Die Präsidentschaftswahl 2012: Kandidaten, Themen, Alternativen

Einleitung

* Direktor (Prof. Dr. Frank Baasner),

wissenschaftliche Mitarbeiter (Dominik Grillmayer, Dr. Stefan Seidendorf)

und stellvertretender Direktor (Prof. Dr. Henrik Uterwedde) des dfi

Die französischen Wähler stehen vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Auf den nächsten Präsidenten warten erhebliche Herausforderungen, wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Natur. Hohe Staatsverschuldung und Sparzwang, Wettbewerbsprobleme und Niedergang der Industrie, Arbeitslosigkeit und Prekarität: Dieser brisante Cocktail von Problemen hat zu einem ausgeprägten Pessimismus und einem schwindenden Vertrauen vieler Franzosen in die Gestaltungskraft der Politik geführt.

Ein Stück weit lässt sich die Lage Frankreichs mit der Deutschlands vor zehn Jahren vergleichen. Angesichts geringer Wachstumszahlen und einer hohen Arbeitslosigkeit sah sich der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder seinerzeit gezwungen, durch weit reichende und für Teile der Bevölkerung schmerzhaft Sozialreformen einen Ausweg aus der über Jahre anhaltenden Wirtschafts- und Beschäftigungskrise zu suchen. Nicht von ungefähr wird das deutsche Beispiel auch vielfach thematisiert; Nicolas Sarkozy hat den deutschen Reformweg gar als Vorbild und Modell für Frankreich bezeichnet und den Schulterschluss mit Angela Merkel gesucht – nicht ohne dafür heftige Kritik seitens der Opposition zu ernten.

Auf jeden Fall stehen die Kandidaten vor der schwierigen Aufgabe, wie sie den gordischen Knoten durchschlagen wollen, um Frankreich in einem neuen globalen Umfeld auf Kurs zu bringen. Verglichen mit der Situation Deutschlands nach der Wiederwahl Schröders im Jahr 2002 wird die notwendige Reformpolitik des nächsten Staatspräsidenten Frankreichs allerdings unter erschwerten Bedingungen erfolgen, und zwar im Kontext einer schwerwiegenden Währungskrise und unter verstärkter Beobachtung sowohl der internationalen Finanzkreise als auch der europäischen Partner. Dieser externe Druck könnte zwar einerseits Reformen erleichtern. Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung schränkt den Handlungsspielraum der Politik gleichzeitig aber erheblich ein, weshalb wir aktuell im Präsidentschaftswahlkampf ein absolutes Novum erleben: Die aussichtsreichsten Kandidaten verzichten weitgehend auf kostspielige Versprechen und wetteifern um den geeigneten Weg zur Rückführung der Staatsverschuldung. Der Kampf um die Glaubwürdigkeit ist entbrannt. Der Wahlkampf steht im Zeichen der Rückgewinnung von Vertrauen.